

«Wir können das Problem nur europäisch lösen»

FDP-Präsident Philipp Müller fordert eine grenzübergreifende Flüchtlingspolitik. Kriegsvertriebene sollten ohne aufwendiges Asylverfahren Schutz erhalten – in geschützten Camps ausserhalb Europas, möglichst nahe ihrer Heimat

NZZ am Sonntag: Frankreich hat die Grenzkontrollen verschärft, um Flüchtlinge abzuhalten. Muss die Schweiz den Grenzschutz auch verstärken?

Philipp Müller: Wir müssen an einem andern Punkt beginnen. Das Grundübel liegt darin, dass das internationale Asylrecht auf einem veralteten Flüchtlingsbegriff aus den 70er und 80er Jahren beruht. Demnach hat Anrecht auf Asyl, wer als Person durch eine staatliche Institution an Leib und Leben bedroht ist.

Was ist daran veraltet?

Dass diese Gruppe mittlerweile nur einen kleinen Teil aller Flüchtlinge ausmacht. Es gibt zwei viel grössere Gruppen: die Kriegsvertriebenen, derzeit aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan. Die stehen nicht im Visier eines Regimes, sondern sind durch Krieg an Leib und Leben bedroht. Und es gibt die Wirtschaftsflüchtlinge, Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben. Das ist zwar verständlich, hat aber mit unserem Asylbegriff nichts zu tun.

Was heisst das für die Asylpolitik?

Wir schleppen Tausende Personen durch ein klassisches Asylverfahren, das mit ihrer Situation nichts zu tun hat. Dadurch überfordern wir unser System. Wir müssen einen Weg finden, den Kriegsvertriebenen vorübergehenden Schutz zu bieten, ohne den enormen Aufwand eines Asylverfahrens zu betreiben. Und einen Weg, um die Wirtschaftsflüchtlinge schon früh aus dem Asylbereich auszuscheiden und zurückzuschaffen. Der heutige Asylbegriff ist überholt.

Dieser beruht auf der Flüchtlingskonvention. Die kann die Schweiz nicht einfach so ändern.

Richtig. Angesichts der internationalen Migrationsströme müssen wir akzeptieren, dass die Möglichkeiten des einzelnen Staates sehr begrenzt sind. Für uns heisst das: Eine gute Flüchtlingspolitik kann nur eine europäische Flüchtlingspolitik sein.

Die SVP will allerdings die Armee an der Grenze einsetzen.

So etwas darf man dem Grenzschutz nicht antun. Flüchtlinge wollen um jeden Preis ins Land, die Schlepper sind skrupellos und zum Teil bewaffnet. An der Grenze herrscht Wildwest! Für diese Situationen braucht es Profis des Grenzschutzkorps, die eine spezifische Ausbildung haben. Die Armee wäre kaum geeignet und verfügt zudem über viel zu wenige Durchdiener. Wir haben 700 000 Fahrzeuge und 1,3 Millionen Personen, die pro Tag die Grenze überqueren. Wir können die Grenze nicht dicht machen, das ist illusorisch. Mit der mobilen, verdachtsunabhängigen Schleierfahndung verfügen wir über ein gutes Instrument, um illegale Einwanderer aufzugreifen. Die Politik müsste allerdings bereit sein, mehr Mittel für das Grenzschutzkorps und die Polizei bereitzustellen. Aber umfassend können wir das Problem nur europäisch lösen.

Das ist genauso illusorisch: Trotz Schengen-Dublin schauen die EU-Staaten nur für sich.

Das ist so, weil viele EU-Staaten nicht direkt oder viel weniger betroffen sind als Deutschland, Skandinavien und wir. Trotzdem muss das erreicht werden.

Ist Schengen-Dublin gescheitert?

Der oft zu hörende Vorwurf, Schengen-Dublin funktioniere nicht, ist unzutreffend. Natürlich gibt es besonders mit Italien sowie Griechenland Probleme. Trotzdem konnte die Schweiz 2014 dank Dublin dreimal mehr Asylverfahren abgeben, als wir übernehmen mussten. Die Schweiz profitiert massiv.

Trotzdem fordern Sie eine engere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Warum?

Der Migrationsdruck aus Afrika wird hoch bleiben, das Bevölkerungswachstum dort ist enorm, und die Entwicklungspolitik hat trotz riesigen Investitionen das Armutsgefälle nicht reduziert und damit die Migrations-



«Der heutige Asylbegriff ist überholt»: FDP-Präsident Philipp Müller. (Bundeshaus, 18. Juni 2015)

Philipp Müller

Der Nationalrat aus dem Aargau steht seit 2012 an der Spitze der FDP Schweiz. Politisch profiliert hat sich Müller vor allem mit Migrationspolitik. Der gelernte Gipser und Stuckateur ist Bau- und Immobilienunternehmer. Müller lebt in Reinach (AG). Er ist geschieden und hat drei Töchter.

ströme nicht verhindert. Hinzu kommen Bürgerkriege in Nahost – es knallt fast rund um Europa. Solange sich die EU-Staaten nicht zusammenraufen, haben wir in Europa ein Flüchtlingschaos.

Ich fasse zusammen: Die Grenze dicht machen geht nicht, ein Einsatz der Armee bringt nichts, eine europäische Migrationspolitik ist illusorisch, und in den Herkunftsländern bleibt die Lage schlecht. Was ist also zu tun?

In Syrien, im Irak und in weiteren Ländern herrscht Krieg. Viele Menschen müssen flüchten. Für sie braucht es Camps vor Ort, wo sie Schutz finden. Das sind nicht geschlossene Lager, sondern Orte, wo es Wasser, Nahrung und medizinische Versorgung gibt. Die Camps müssen sich in der Nähe der Herkunftsländer befinden. Damit man das realisieren kann, braucht es ein Mandat der Uno. Dafür muss sich der Bundesrat einsetzen.

Das Uno-Flüchtlingshilfswerk betreibt längst riesige Flüchtlingslager, etwa in Jordanien.

Erstens braucht es viel mehr Kapazitäten. Zweitens muss man jene, die in Griechenland und Italien ankommen, sofort in diese Camps zurückbringen. Die Triage, wer in Europa Asyl erhält und wer nicht, muss in diesen Sicherheits-Camps stattfinden. Drit-

«Es knallt fast rund um Europa. Solange sich die EU-Staaten nicht zusammenraufen, haben wir in Europa ein Flüchtlingschaos.»

Asylgesetzrevision

Schnellere Verfahren

Mit der laufenden Asylgesetzrevision strebt der Bund eine markante Beschleunigung der Asylverfahren an. Neu sollen deshalb eine Mehrheit der Asylverfahren in Bundeszentren durchgeführt und rechtskräftig abgeschlossen werden. Die Verfahren sollen indes nicht nur schnell, sondern auch fair abgewickelt werden. Die Vorlage sieht deshalb einen Anspruch der Asylbewerber auf eine kostenlose Rechtsvertretung vor. Der Testbetrieb in einem Bundeszentrum in Zürich läuft laut Behörden zufriedenstellend. Der Ständerat hat am letzten Montag als Erstrat der Revision zugestimmt. (sbü.)

tens müssen diese Camps so ausgestaltet werden, dass Kriegsvertriebene so lange dort bleiben können, bis in ihrer Heimat Frieden herrscht. Dafür braucht es zwar Geld. Wenn ich aber sehe, was das Asylwesen bei uns kostet, lohnt sich das alleweil.

Dass so etwas bald realisiert wird, ist trotzdem illusorisch.

Klar, aber es wäre eine intelligente Flüchtlingspolitik.

Und warum nicht zusammen mit Europa wieder das Botschafts asyl einführen? Dann könnte man vor Ort entscheiden.

Die EU-Staaten werden das nicht machen, und allein können wir es nicht tun, sonst werden unsere Botschaften überrannt. Zudem löst dies das Problem nicht, wonach Asylsuchende, die es nach Europa oder in die Schweiz geschafft haben, mit grosser Wahrscheinlichkeit nie wieder zurückgehen, weil sich kein Staat findet, der sie zurücknimmt.

Kehren wir also in die Schweiz zurück. Was ist Ihrer Ansicht nach hier zu tun?

Wenden wir die Gesetze konsequent an. 2013 hat das Volk Sonderzentren gutgeheissen für Asylbewerber, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden. Das sind nicht geschlossene Lager, die wären gegen die Menschenrechtskonvention. Das brauchen wir auch gar nicht. Aber man kann dort eine strenge Hausordnung mit Präsenzpflicht durchsetzen. Gemäss Ausländergesetz besteht zudem die Möglichkeit, dass Personen, die behördlichen Anordnungen nicht Folge leisten, in Haft gesetzt werden können. Man kann also strenge Sanktionen ergreifen! Aber solche Zentren gibt es bis heute nicht.

Warum?

Überall, wo man ein solches Zentrum machen will, gibt es Widerstand. Das ist verständlich. Wenn aber Schweizerinnen und Schweizer merken, dass Flüchtlinge, die sich nicht an unsere Regeln halten, von der Strasse geholt werden, dann steigt die Akzeptanz für unser Asylwesen.

Im Moment sind die Probleme im Asylbereich aber noch nicht gelöst. Das Thema wird den Wahlkampf prägen, was der SVP in die Hände spielt. Sind Sie besorgt?

Nein. Das Volk merkt, wenn man ihm falsche Versprechen macht. Jetzt gibt es Forderungen nach einem Asylmoratorium, es sollen keine Entscheide mehr gefällt werden. Diese Vorschläge sind Augenwischerei. Die Asylsuchenden kommen trotzdem, sie sind trotzdem da, aber der Stapel der noch nicht bearbeiteten Gesuche türmt sich noch höher auf. Ich habe es immer gesagt: Das Asylproblem wird man nie abschliessend lösen können. Wir haben die Leute hier, ob wir wollen oder nicht. Aber wir müssen dafür sorgen, dass sie sich anständig benehmen und so rasch als möglich wieder nach Hause gehen, wenn kein Asylgrund vorliegt. Das will die FDP, und das ist glaubwürdig.

Interview: Stefan Bühler